



„Macht weiter, das Ziel ist erreichbar“, rief Mamadou Mboji den Klimastreik-Teilnehmern in Heilbronn zu. Der Senegalese ist Vize-Präsident der internationalen Naturfreundevereinigung.

Foto: Andreas Veigel

# Proteste begleiten das Klimapaket

**UMWELT** Weltweite Streiks gegen die Erderwärmung – Regierungskoalition einigt sich nach langem Ringen auf 70 Maßnahmen

Von unserer Redaktion und dpa

**T**anz, Trommeln und Blockaden: Für einen entschiedenen Kampf gegen die Erderwärmung sind in der Region, in Deutschland und rund um den Globus am Freitag Hunderttausende auf die Straße gegangen. Die Jugendbewegung Fridays for Future hatte erstmals ausdrücklich auch Erwachsene aufgerufen, sich an den Freitagsprotesten zu beteiligen.

**Hohe Beteiligung** Der Zulauf in Deutschland war groß: In Berlin gingen nach Angaben der Aktivisten etwa 270 000 Menschen auf die Straße, die Polizei ging von „mehreren Zehntausend“ aus. In Köln waren es laut Veranstalter 70 000, in Hamburg laut Polizei 70 000, in Stuttgart 30 000. Fridays for Future erklärte, 1,4 Millionen Menschen hätten in der Bundesrepublik demonstriert. Auch unter anderem im südafrikanischen Johannesburg, dem indi-

sehen Delhi und in Athen gab es Demonstrationen. Allein in Australien folgten rund 300 000 Menschen dem Protestaufruf, wie die Veranstalter mitteilten.

Begleitet von den Protesten hat die Bundesregierung unterdessen ein milliardenschweres Maßnahmenbündel zur Rettung der Umwelt beschlossen. Wichtigstes Ziel: Bis 2030 sollen 55 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausgestoßen werden. Der Ausstoß des klimaschädlichen Treibhausgases CO<sub>2</sub> wird dabei künftig auch im Verkehr und beim Heizen von Gebäuden Geld kosten. Für die Verbraucher bedeutet das steigende

Preise für Benzin, Diesel und Heizöl, wenn auch zunächst nur im Bereich weniger Cent pro Liter. Entlastungen soll es über eine Senkung der Strompreise geben.

**54 Milliarden Euro** Der Einigung im Klimakabinett war ein mehr als 18-stündiger Verhandlungsmarathon von CDU, CSU und SPD vorgegangen. Am Ende stand ein Eckpunktepapier mit 70 Einzelmaßnahmen, zu deren Durchsetzung die Regierung etwa 54 Milliarden Euro in die Hand nehmen will.

Das Geld für die Umstellung auf Klimaschutz will die Regierung

hauptsächlich durch den Preis für den Ausstoß von Kohlendioxid einspielen. Union und SPD einigten sich hier auf eine Mischform aus Steuer und dem Handel mit Luftverschmutzungsrechten (Zertifikaten). Dahinter verbirgt sich das Recht, gegen Geld CO<sub>2</sub> auszustoßen. In der Industrie und der Stromerzeugung gibt es so etwas bereits, jetzt kommen Verkehr und Wärme dazu. Der Preis dafür ist überraschend niedrig: Er startet 2021 bei zehn Euro pro Tonne Kohlendioxid und soll schrittweise ansteigen.

„Alle zusätzlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung“ werden

für Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt oder „als Entlastung den Bürgern zurückgegeben“, hieß es. Eine solche Entlastung soll es unter anderem durch eine Senkung der Stromkosten geben. Die EEG-Umlage von derzeit 6,4 Cent je Kilowattstunde wird um 0,25 Cent sinken. Darüber hinaus wurden auch Maßnahmen für Pendler, zur Elektromobilität und für Land- und Forstwirtschaft vorgestellt. Gleichzeitig sollen Milliarden Euro in den Ausbau des ÖPNV sowie von Radwegen fließen.

**Kritik** Auf die Beschlüsse reagierte Fridays for Future auf Twitter mit Kritik. Die Aktivistin Luisa Neubauer schrieb: „Während Hunderttausende klimastreiken, einigt sich die GroKo anscheinend auf einen Deal, der in Ambitionen und Wirksamkeit jenseits des politisch und technisch Machbaren liegt.“ Und weiter: „Das ist heute kein Durchbruch, das ist ein Skandal.“ *cg/sla* Seiten 3, 4, 27 **Kommentar** „Zu wenig radikal“

## Tausende Klimaschutz-Demonstranten in der Region unterwegs

Auch in der Region protestierten Tausende Menschen für schnelleren und effektiveren Klimaschutz. In **Heilbronn** zog der bisher größte Demonstrationzug vom Bollwerksturm über die Allee bis zum Kiliansplatz. Schätzungen zu-

folge waren zwischen 2000 und 3000 Teilnehmer aller Altersstufen dabei. Bei der Kundgebung wiesen die Redner auf die Dringlichkeit des Themas hin. Die Politik müsse schnell handeln, um die Erde zu retten. Deutlich wurde auch,

dass es wirksamen Klimaschutz nicht zum Nulltarif geben kann, sondern dass die Menschen dafür ihren Lebensstil ändern müssen. In **Künzelsau** nahmen rund 600 Menschen an der Klimaschutzaktion teil. *jüp*